

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

III. Quartal 2008

Abgeschlossen am 30. September 2008. • E-Mail-Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Im Gefolge der Hypothekarkreditkrise brechen in den USA und in Europa Banken zusammen. Die Konkurse der Investmentbank Lehmann Brothers und der Sparkasse Washington Mutual sind die größten der Geschichte der USA. Um eine drohende Weltwirtschaftskrise, ähnlich der Krise der 1930er-Jahre, zu vermeiden, setzen Nationalbanken, Aufsichtsbehörden und Banken Rettungsaktionen für alle weiteren in Schwierigkeiten geratenen Banken und Versicherungen um. Goldman Sachs und Morgan Stanley werden zu Universalbanken. Damit geht das Modell der Investmentbanken, das in den USA 1933 geschaffen wurde, zu Ende. – Die Gründung der Mittelmeerunion, die eine Bevölkerung von 800 Mio. betrifft, hat neben der großen politischen Bedeutung das Ziel, bis 2010 eine Freihandelszone zu errichten.

7.-8. Juli: In Japan findet der G-8-Gipfel statt. Um einer Hungerkrise in den Entwicklungsländern entgegenzuwirken, die sich aufgrund der Hausse von Energie-, Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen abzeichnet, kündigt der Präsident der Europäischen Kommission, Baroso, ein Hilfspaket für die landwirtschaftliche Bevölkerung in Entwicklungsländern in der Höhe von 1 Mrd. € an. Damit soll der Kauf von Saatgut und Düngemitteln in den Ländern der Dritten Welt gefördert werden. Die afrikanischen Teilnehmerländer erinnern an das Versprechen anlässlich des Treffens von Gleneagles, bis zum Jahr 2010 die Entwicklungshilfe auf 50 Mrd. \$ pro Jahr zu erhöhen und weitere 60 Mrd. \$ in die Bekämpfung von ansteckenden Krankheiten und den Ausbau der Gesundheitssysteme zu investieren. Die G-8-Länder stellen fest, dass das Ziel einer Verringerung der Treibhausgasemissionen um mindestens die Hälfte bis 2050 nur durch die Anstrengungen aller großen Volkswirtschaften erreicht werden kann, d. h. auch China und Indien sollten daran mitwirken. Eine Erweiterung der G 8 um China und Indien wird diskutiert, jedoch von den USA und Japan abgelehnt.

8. Juli: Das Europäische Parlament verabschiedet eine Richtlinie, wonach mit 1. Jänner 2012 der Emissionshandel für den Luftverkehr (EU- und internationale Flüge mit Start und Landung in der EU) eingeführt wird.

Der Siemens-Konzern kündigt ein Sparprogramm an. Der Konzern beabsichtigt seine Kosten bis 2010 um 1,2 Mrd. € zu senken und weltweit 16.750 der 420.000 Arbeitsplätze einzusparen.

9. Juli: Die Europäische Zentralbank erhöht den Leitzinssatz um 25 Basispunkte. Der Mindestbietungssatz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte beträgt nun 4,25%, der Satz der Einlagefazilität 3,25% und der Satz der Spitzenrefinanzierungfazilität 5,25%. Dies ist die erste Zinssatzerhöhung seit Ausbruch der Finanzmarktkrise. Die EZB verfolgt mit diesen geldpolitischen Entscheidungen das Preisstabilitätsziel. Im Juni erreichte die Inflationsrate in Europa 4%.

9. Juli: In Frankreich stimmt der Senat einem Gesetz zur Reform der 35-Stunden-Woche zu. Demnach wird die 35-Stunden-Woche grundsätzlich beibehalten, jedoch

Ausland

G-8-Gipfel

EU: Emissionshandel
Luftverkehr

Siemens-Konzern

EZB: Leitzinssatzerhöhung

Frankreich:
35-Stunden-Woche

können pro Jahr 405 statt 220 Überstunden geleistet werden. Die Zahl der Arbeitstage kann nach betrieblicher Übereinkunft von bisher 218 auf bis zu 282 Tage pro Jahr erhöht werden.

USA: IndyMac

13. Juli: Nach einem Run der Kunden wird in den USA die Hypothekenbank IndyMac illiquid. Die Bank wird vom Office of Thrift Supervision (OTS) geschlossen und unter die Aufsicht der staatlichen Depositversicherung (FDIC) gestellt. Diese muss zur Sicherstellung der Kundeneinlagen 4 bis 8 Mrd. \$ zur Verfügung stellen. Bis zu ihrem Verkauf wird die Bank als Staatsunternehmen weitergeführt.

EU: Union für das Mittelmeer

In Paris gründen die 27 EU-Länder, die 12 am Barcelona-Prozess teilnehmenden Mittelmeerländer und 4 an das Mittelmeer grenzende Balkanländer die "Union für das Mittelmeer". Ein Ziel ist, bis 2010 eine Freihandelszone zu errichten.

Spanien: Immobilienkrise

15. Juli: Spaniens größter Immobilienkonzern, Martinsa Fadesa, meldet Konkurs an. Das Unternehmen besitzt 173.000 Wohnungen und 29 Mio. m² Bauland und ist mit 5,2 Mrd. € verschuldet. Zu den drei größten Gläubigerbanken zählen La Caixa, Caja Madrid und Banco Popular.

USA: Housing Bill

26. Juli: Der Senat der USA verabschiedet die "Housing Bill". Dieses Gesetz ermächtigt das Finanzministerium, die zwei größten Hypothekenfinanzinstitute Fannie Mae und Freddie Mac im Notfall mit Krediten oder Eigenkapital zu unterstützen. Seit Beginn der Subprime-Krise haben die beiden Institute Verluste von über 12 Mrd. \$ kumuliert. Sie halten oder garantieren für Schuldverschreibungen von über 5,5 Bill. \$, fast der Hälfte der ausstehenden Hypothekarkredite der USA. Die Federal Housing Finance Agency (FHFA) ist auch ermächtigt, für refinanzierte Hypotheken im Umfang von 300 Mrd. \$ zu garantieren.

Asean

30. August: Die 10 Asean-Staaten (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand, Brunei, Vietnam, Laos, Burma, Kambodscha) und Indien verabschieden ein Freihandelsabkommen, um den bilateralen Handel auszubauen; er umfasste 2007 ein Volumen von 37 Mrd. €. Ähnliche Abkommen mit Japan, Südkorea und China wurden bereits geschlossen. Der Außenhandel mit China erreichte 2007 300 Mrd. \$.

EU-Gipfel: Russland-Georgien-Krise

1. September: Als Ergebnis eines Sondergipfels der Staats- und Regierungschefs der EU-Länder anlässlich des Krieges zwischen Russland und Georgien werden die Gespräche über ein weitreichendes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland ausgesetzt. Dieser Vertrag sollte das seit 1997 bestehende Abkommen ersetzen.

Deutschland: Dresdner Bank

Die Dresdner Bank wird vom Versicherungskonzern Allianz um 9,8 Mrd. € an die Commerzbank verkauft. Allianz hat die Dresdner Bank 2002 um 24 Mrd. € erworben.

USA: Fannie Mae, Freddie Mac

7. September: Die Federal Housing Finance Agency (FHFA) befindet als Aufsichtsbehörde die Kapitalausstattung der zwei größten Hypothekarfinanzinstitute der USA, Fannie Mae und Freddie Mac, als zu gering. Die beiden Unternehmen werden unter "Conservatorship" gestellt. Die FHFA beruft die bisherigen Vorsitzenden der Geschäftsleitung und die Verwaltungsräte neu. Beiden Unternehmen können bis zu 100 Mrd. \$ an Eigenmitteln zugeführt werden. Der Staat sichert sich 79,9% des Eigenkapitals der Institute.

OPEC-Konferenz

10. September: In Wien fällt auf der 149. OPEC-Konferenz der Beschluss, die Förderquoten auf den Stand von September 2007 (28,8 Mio. Barrel pro Tag) zu senken. Die tägliche Förderung wird dadurch um 520.000 Barrel verringert. Die Mitgliedsländer werden ermahnt, die Länderquoten einzuhalten. Nach Berichten der Internationalen Energieagentur (IEA) lag die tägliche Förderung der OPEC-Länder zuletzt bei 32,5 Mio. Barrel. Indonesien beabsichtigt, das Kartell Anfang 2009 zu verlassen. Angola und Ecuador sollen neu aufgenommen werden. Russland, das schon länger an den OPEC-Konferenzen als Beobachter teilnimmt, schlägt in einem "Memorandum of Understanding" eine engere Zusammenarbeit vor.

Deutschland: Deutsche Postbank

12. September: Die Deutsche Bank erwirbt 29,7% der Deutschen Postbank, der mit 14,5 Mio. Privatkunden größten Bank Deutschlands. Das Vertriebsnetz umfasst 850 eigene Filialen und rund 5.000 Postfilialen.

Die Bank of America übernimmt Aktien der Investmentbank Merrill Lynch im Wert von 50 Mrd. \$.

USA: Merrill Lynch

Die Investmentbank Lehman Brothers meldet den Konkurs an. Dies ist die größte Insolvenz in der Geschichte der USA.

USA: Lehman Brothers

17. September: Nachdem sich die britische Grossbank Barclays von einer vollständigen Übernahme der Investment Bank Lehman Brothers zurückgezogen hat, erwirbt sie nun nur das Kerngeschäft der Lehman Brothers um 1,75 Mrd. \$. Dieses umfasst die Bereiche Fixed Income, Aktienhandel, Aktienemissionen, Unternehmensfinanzierung sowie Beratung für Fusionen und Übernahmen mit 10.000 Arbeitskräften.

USA: Lehman Brothers

18. September: Der weltgrößte Versicherungskonzern American International Group (AIG) wird mit einem Kredit der Notenbank der USA über 85 Mrd. \$ vor dem Konkurs gerettet. Nachdem die Fed einige Tage zuvor der Investmentbank Lehman Brothers keine Unterstützung zukommen ließ, wird im Falle des Untergangs der AIG eine weitere Verstärkung der Finanzmarkturbulenzen befürchtet. Investoren aus den USA und dem Ausland haben ihre Ausfallrisiken bei AIG versichert.

USA: American International Group

Im Zuge einer Rettungsaktion übernimmt die britische Bank Lloyds TSB die Halifax Bank of Scotland (HBOS) um 12,2 Mrd. £. Die beiden Institute halten ein Drittel der britischen Hypotheken und Spareinlagen.

Großbritannien:
Halifax Bank of Scotland

In den USA reagiert die Börsenaufsicht (SEC) auf die Turbulenzen auf den Finanzmärkten mit einem teilweisen Verbot von Leerverkäufen (short selling). Auch die britische Finanzmarktaufsicht untersagt Leerverkäufe bis auf weiteres.

USA: Leerverkäufe

22. September: Goldman Sachs und Morgan Stanley werden zu Universalbanken. Damit geht die seit 1933 in den USA bestehende Unterscheidung zwischen Geschäfts- und Investmentbanken zu Ende¹⁾. Während die kurzfristige Mittelaufnahme auf den Finanzmärkten immer schwieriger wird, können die zwei größten Investmentbanken der USA nun Kundeneinlagen, die durch die Federal Deposit Insurance Corporation gesichert sind, entgegennehmen und unterliegen den strengeren Eigenkapitalvorschriften.

USA: Goldman Sachs,
Morgan Stanley

26. September: Die größte Sparkasse der USA, Washington Mutual, muss Konkurs anmelden und wird von der staatlichen Depositversicherung (FDIC) für 1,9 Mrd. \$ an JP Morgan Chase verkauft. Die Kunden hatten das Vertrauen in die Sparkasse verloren und innerhalb von 10 Tagen insgesamt 16,7 Mrd. \$ abgezogen. Das Office of Thrift Supervision sperrte die Bank am 24. September. Mit dem Verkauf wird sie wiedereröffnet. Einleger kommen nicht zu Schaden.

USA: Washington Mutual

29. September: Das Repräsentantenhaus der USA lehnt die "Emergency Economic Stability Act 2008", ein Hilfspaket zur Stützung von notleidenden Banken, ab. Mit dem Gesetzesentwurf würden 700 Mrd. \$ zur Verfügung gestellt, um dem Finanzsektor illiquide Aktiva abzukaufen. Im Gegenzug würde sich der Staat am Eigenkapital der Finanzgesellschaften beteiligen.

USA: Emergency Economic Stability Act 2008

Die viertgrößte Bankenholding der USA, Wachovia, gibt das operative Geschäft an die Citygroup ab. Diese übernimmt für 2,2 Mrd. \$ an eigenen Aktien die Kundeneinlagen, Kredite im Ausmaß von 312 Mrd. \$ und Schulden von 53 Mrd. \$. Der von der Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) ausgearbeitete Rettungsplan sieht vor, dass die Citybank für Ausfälle bis zu 42 Mrd. \$ aufkommen muss, darüber hinausgehende Wertminderungen übernimmt die FDIC. Als Gegenleistung für diese Garantie erhält die FDIC Vorzugsaktien und Bezugsrechte der Citygroup von 12 Mrd. \$. Bei Wachovia verbleibt das Broker- und Anlagengeschäft.

USA: Wachovia

Die britische Hypothekenbank Bradford & Bingley wird verstaatlicht. Der Staat übernimmt die Anlagen, größtenteils riskante Immobilienkredite um 50 Mrd. £. Für den Verkauf der 200 Filialen mit 2,7 Mio. Sparkonten und Einlagen über 21 Mrd. £ an Abbey, ein Tochterinstitut der spanischen Bank Santander, stellt die britische Regierung 14 Mrd. £ zur Verfügung.

Großbritannien:
Bradford & Bingley

¹⁾ Als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise wurde 1933 mit der "Glass-Steagall Act" Geschäftsbanken die Teilnahme an Investmentbanking-Aktivitäten verboten, um die Einleger zu schützen.

Belgien, Niederlande,
Luxemburg: Fortis Bank

Um den Fortbestand der Fortis Bank zu sichern, erhält diese von Belgien, den Niederlanden und Luxemburg 11,2 Mrd. € an Finanzhilfe. Die Bank soll ihre Anteile an der niederländischen Bank ABN Amro veräußern.

Deutschland: Hypo Real Estate

Das deutsche Immobilien- und Staatsfinanzierungsinstitut Hypo Real Estate gerät in Liquiditätsschwierigkeiten. Der Liquiditätsbedarf von 35 Mrd. € soll vom Staat und einem deutschen Bankenkonsortium zur Verfügung gestellt werden.

Österreich

Der Nationalrat wird aufgelöst. Nur wenige Tage vor der Nationalratswahl werden im Parlament mit wechselnden Mehrheiten wesentliche wirtschaftspolitische Gesetze beschlossen. Die ÖIAG wird von der Bundesregierung beauftragt, die AUA zu privatisieren.

Bawag-Prozess

4. Juli: Im bisher größten Wirtschaftsprozess Österreichs, dem Bawag-Prozess, werden alle neun Angeklagten schuldig gesprochen; sie müssen 77 Mio. € an Schadenersatz an die Bawag leisten. Gegen acht Angeklagte werden Haftstrafen verhängt.

Nationalrat: Auflösung

9. Juli: Der Nationalrat beschließt seine vorzeitige Auflösung.

Erbschafts- und
Schenkungssteuer

1. August: Die Erbschafts- und die Schenkungssteuer entfallen, und das Schenkungsmeldegesetz 2008 (SchenkMG 2008) tritt in Kraft. Es regelt die unentgeltliche Vermögensübertragung im Erbschafts- und Schenkungsfall.

OMV

6. August: Die OMV zieht das Übernahmeangebot an die ungarische Erdöl- und Erdgasgruppe MOL zurück. Die Europäische Kommission hatte Bedenken bezüglich der hohen Konzentration der Raffineriekapazitäten in der Region und schätzte die Maßnahmen der OMV gegen die Konzentration als unzureichend ein²⁾.

AUA: Privatisierung

12. August: Die Bundesregierung erteilt der Österreichischen Industrie Holding AG (ÖIAG) den Auftrag, bis zu 100% ihrer Anteile an der AUA (42,5%) zu verkaufen. Dabei soll eine österreichische Kernaktionärsstruktur von 25% plus einer Aktie beibehalten werden.

OeNB

1. September: Dr. Ewald Nowotny folgt Dr. Klaus Liebscher als Gouverneur der OeNB nach.

Nationalrat: wirtschafts-
politisch relevante Gesetze

24. September: Der Nationalrat entscheidet in seiner letzten Sitzung vor der Nationalratswahl über die Abschaffung der Studiengebühren, die Auszahlung einer 13. Familienbeihilfe für alle Kinder, eine Erhöhung des Pflegegeldes um 4% bis 6%, die Anhebung der Pensionen um 3,4%, die Verlängerung der "Hacklerregelung" um drei Jahre, die Halbierung des Mehrwertsteuersatzes auf Medikamente, eine steuerliche Besserstellung von Überstundenzuschlägen und eine Verschiebung der Valorisierung der Autobahnvignette auf 2010. Zudem werden zusätzliche Einmalzahlungen für Pensionistinnen und Pensionisten sowie Energiekostenzuschüsse für Personen mit Ausgleichszulage beschlossen. Die Halbierung des Mehrwertsteuersatzes auf Lebensmittel von 10% auf 5%, eine Reduzierung der Arbeiterkammerbeiträge für Arbeitskräfte mit niedrigem Einkommen und ein Antrag auf verpflichtende Abhaltung einer Volksabstimmung bei wesentlichen Änderungen der EU-Verträge finden keine Mehrheit.

Nationalratswahl 2008

28. September: Für die Wahl zum Nationalrat sind 6,332.921 Personen wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung liegt bei 78,8%. Die Stimmen verteilen sich auf die Parteien wie folgt: SPÖ 29,3% (57 Mandate), ÖVP 26,0% (51 Mandate), Grüne 10,4% (20 Mandate), FPÖ 17,5% (34 Mandate), BZÖ 10,7% (21 Mandate). Alle anderen kandidierenden Parteien erhalten in Summe 6% und sind nicht im neuen Nationalrat vertreten.

²⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2007", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(10), S. 793, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=30281&typeid=8&display_mode=2, und Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2007", WIFO-Monatsberichte, 2008, 81(1), S. 31, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31042&typeid=8&display_mode=2.